



## **Student\*innenparlament der Universität Lüneburg**

leuphana.de/stupa  
asta-lueneburg.de/stupa

Mail:  
stupa@leuphana.de

Instagram:  
Instagram.com/stupalg

Lüneburg, den 03.04.2024

### **Gegen antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus und für eine differenzierte Debatte und Solidarität an unserer Uni im Kontext Israel - Palästina**

#### **Beschluss**

Das Student\*innenparlament der Universität Lüneburg bekräftigt im Folgenden seine Haltung gegen jegliche Diskriminierung und Unterdrückung.

Dabei stellen wir uns klar gegen antimuslimischen Rassismus. Diesen definieren wir wie folgt: Antimuslimischer Rassismus ist jede Unterscheidung, Ausgrenzung oder Einschränkung gegenüber Muslim\*innen (oder solchen, die als Muslim\*innen wahrgenommen werden), die zum Ziel oder zur Folge hat, dass die Anerkennung, der Genuss oder die gleichberechtigte Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem anderen Bereich des öffentlichen Lebens zunichte gemacht oder beeinträchtigt wird (Runnymede Trust (2017), S.7.).

Wir stellen uns klar gegen jeden Antisemitismus. Als Teil des fzs (Freien Zusammenschluss der Student\*innenschaften) definieren wir diesen der Arbeitsdefinition und der Beispiele der International Holocaust Remembrance Alliance folgend: Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

Die Entwicklungen in der deutschen Gesellschaft als Reaktion auf den 07. Oktober beobachten wir mit großer Sorge und Entsetzen. Wir verurteilen die steigende Zahl antisemitischer und antimuslimischer Übergriffe, wie etwa auf Synagogen, Moscheen, die Schändung von Friedhöfen, körperliche Angriffe und viele weitere Beispiele.

Die öffentliche Solidarisierung mit Opfern des Konflikts und die Kritik an der israelischen Regierung und deren Vorgehen sowie das Tragen von Symbolen, wie Kufiyas oder Nationalflaggen sollte demokratisches Recht für alle sein. Das StuPa verurteilt einen Generalverdacht gegenüber Versammlungen, Menschen oder Symbolen und die damit einhergehende Polizeigewalt. Wenn jedoch dieses Recht genutzt wird und dabei gleichzeitig diskriminierende, vor allem antisemitische Inhalte reproduziert werden, ist dies untragbar.

Wir verurteilen ebenfalls aufs Schärfste den Diskurs rund um den sogenannten “importierten Antisemitismus”: Die Antwort auf Antisemitismus darf nicht antimuslimischer Rassismus sein. Die rassistische Instrumentalisierung einer sogenannten “Antisemitismusbekämpfung durch solche Formulierungen suggeriert, dass der Nationalsozialismus gut aufgearbeitet worden sei, Antisemitismus daher folglich “von außen” kommen müsse.

Das Student\*innenparlament erklärt sich solidarisch mit allen zivilen Opfern des Konfliktes in Palästina und Israel.

Jeden Tag sterben in Gaza und der Westbank immer noch unzählige Menschen. Auch werden immer noch über einhundert Geiseln durch die Hamas im Gazastreifen gefangen gehalten. Wir schließen uns daher den internationalen Forderungen nach einem beidseitigen Waffenstillstand an. Wir erkennen das Recht Israels auf Selbstverteidigung nach dem Völkerrecht an, sehen einen Waffenstillstand aber als aktuell letzte Möglichkeit, um weiteres Leid in Gaza zu verhindern.

Im Laufe des Konflikts wurden und werden Bildungseinrichtungen, insbesondere Universitäten, im Gazastreifen teilweise oder ganz zerstört. Menschen bleibt aufgrund dieses Konflikts der Zugang zu Bildung langfristig verwehrt. Wir fordern das Präsidium der Universität Lüneburg dazu auf, sich mit den betroffenen Universitätsgemeinschaften, die aufgrund von Konflikten ihren Lehrbetrieb einstellen müssen und mussten, zu solidarisieren, angelehnt an den Anschluss an die Stellungnahme der Landeshochschulkonferenz vom 12.10.23.

Um Menschen, die durch den Konflikt Diskriminierung erleben verstärkt zu unterstützen, soll unter anderem eine qualifizierte psychologische Beratung stattfinden. Hierzu fordern wir die studentischen Mitglieder in Verwaltungsrat und Vorstand des Studierendenwerks OstNiedersachsen dazu auf, sich für eine gezieltere psycho-soziale Beratung für Betroffene der genannten Diskriminierungsformen einzusetzen und ihr professionelles Angebot dahingehend zu erweitern und zu sensibilisieren.

Zudem fordern wir das Präsidium dazu auf, dafür zu sorgen, dass weitere Bildungsangebote an dieser Uni aus muslimischer/jüdischer und israelisch/palästinensischer Perspektive geschaffen werden, um so einen aktiven Diskurs zu fördern und einen diskriminierungsarmen Raum zu schaffen.

Im Rahmen der Bekämpfung von Antisemitismus sprechen wir uns jedoch klar gegen die Wiedereinführung des Ordnungsrechts als repressives Mittel aus und solidarisieren uns in diesem Zuge mit allen von der Wiedereinführung des Ordnungsrechts betroffenen Asten. Wir fordern die weitere Auseinandersetzung mit anderen, nicht pauschalisierenden Mitteln des Hausrechts, die von Diskriminierung betroffene Studierende tatsächlich schützen.

### **Begründung**

Universitäten waren schon immer Orte der Politisierung, sie formen als Orte der Wissensproduktion aktiv Debattenkulturen mit. Wir halten es deswegen für unbedingt notwendig, Räume im universitären Kontext für vielfältige Positionen offen zu halten und unbequemen Protest auszuhalten, so lange dieser eindeutig frei von jeglicher Form von

Diskriminierung, unter anderen wie antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus. Wir als Studierende tragen dabei auch über die Hochschulpolitik hinaus die gesellschaftliche Verantwortung, uns gegen Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen zu positionieren. Als Universität mit einer großen internationalen Studierendenschaft sehen wir uns in der Verantwortung, uns im globalen Kontext mit Menschenrechtsverletzungen und verschiedenen Unterdrückungsmechanismen auseinanderzusetzen.

Wir arbeiten als Studierendenvertretung an uns als Struktur und unsere Ziele sind es, möglichst alle Bedürfnisse der Studierendenschaft abzudecken, uns für ungehörte Stimmen einzusetzen und, mit der Hilfe einer großen Menge an Menschen und Perspektiven, zu einer machtkritischeren und nachhaltigeren Struktur zu werden.

## **Ergänzungen/Begründungen zu obigen Absätzen**

### ***Zusatz zum Umgang an der Leuphana Universität:***

Des Weiteren kritisieren wir eine fehlende Sensibilität in diesem Kontext, s. das Jahresabschlussvideo (Israelflagge zu Gute-Laune-Musik, zwischen Preisverleihungen und den "Errungenschaften" der Leuphana 2023).

### ***Erklärung zu "importiertem Antisemitismus":***

Nicht nur wird dadurch ein moralisch überlegenes "Inneres" gegen ein vermeintlich homogenes "Äußeres" konstruiert - Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft als reale Bedrohungslage wird externalisiert und verschleiert. Anlässe, Antisemitismus zu bekämpfen, gäbe es in dem Land, das einen industriellen Massenmord an 6 Mio. Juden\*Jüdinnen beging, genügend: eine rechtsextreme Polizei-Chatgruppe nach der anderen, Bezeichnung von antisemitischen Taten von Politikern als "Jugendsünden", Anschläge auf Synagogen, Antisemitismus auf Corona-Leugner-Demos oder die Kontinuität industrieller Besitzverhältnisse, deren Reichtum auf Enteignung und Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus beruht. Dieser zutiefst rassistische und pauschalisierende Diskurs hingegen ermöglicht dem Staat die zunehmende Legitimierung von Illegalisierung und Kriminalisierung von Migrant\*innen.

### ***Zum Waffenstillstand:***

Wir beziehen uns dabei auf die Äußerungen des Internationalen Gerichtshof, nach denen "at least some of the acts and omissions alleged by South Africa to have been committed by Israel appear to be capable of falling within the provisions of the [Genocide] Convention." - Summary of the Order of 26 January 2024; Document Number 192-20240126-SUM-01-00-EN (<https://www.icj-cij.org/node/203454>).

## **Quellen**

Wir beziehen uns auch auf die Forderung eines Waffenstillstands des UN-Sicherheitsrats am 25.03.2024. "The fighting, the killing and the collective punishment must stop, stated the speaker for Sierra Leone, recognizing the collective struggle of Palestinians. "

Security Council Demands Immediate Ceasefire in Gaza for Month of Ramadan, Adopting Resolution 2728 (2024) with 14 Members Voting in Favour, United States Abstaining

- <https://press.un.org/en/2024/sc15641.doc.htm>

UN-Sicherheitsrat fordert erstmals Waffenstillstand in Gaza - Politik - SZ.de

- <https://www.sueddeutsche.de/politik/nahost-israel-palaestinenser-gazastreifen-krieg-un-weltsicherheitsrat-waffenruhe-vereinte-nationen-1.6488508>

Zu importiertem Antisemitismus:

- <https://www.akweb.de/politik/und-jetzt-der-importierte-antisemitismus-rassismus-migration-politik-deutschland/>